

## *Den Konflikt kleingeredet*

### **Der Bundesrat will abwarten**

---

cs. · Heisse Eisen pflegt man nicht anzurühren, man überlässt sie andern und hofft, dass sie erkalten. Das genau macht der Bundesrat in seinem Bericht zum Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht. Die Auslegeordnung zur Rechtspraxis ist zwar jedem zu empfehlen, der sich in die Materie vertiefen möchte, der Bericht wäre jedem Jusstudenten als Lehrbuch in die Hand zu drücken. Doch das ist nicht die primäre Aufgabe eines bundesrätlichen Berichts. Es finden sich - auch das sei eingeräumt - viele Ideen, wie auf Konfliktsituationen zwischen internationalem und innerstaatlichem Recht reagiert werden könnte. Die wichtigste Frage aber nach einer Disziplinierung von Gesetzgeber und Volk wird ausgespart.

Schliesslich meint der Bundesrat, alles sei in Ordnung, das System habe bisher keine grösseren Probleme verursacht. Umgehend spricht er allerdings von brisanten Fragen im Verhältnis von Volksinitiativen und Völkerrecht, und er entschied sich, einen weiteren Bericht in Auftrag zu geben. In diesem sollen die Möglichkeiten dargelegt werden, wie sich Widersprüche vermeiden lassen. Ein wahrlich verwirrender Slalom.

Dabei haben jüngste Volksbegehren, insbesondere die Minarettinitiative, gezeigt: Es gibt ein Problem. Der jetzige Bericht hätte eine genügende Grundlage hergegeben, um die Fragen nach dem Verhältnis von Völkerrecht und Volksinitiativen zu beantworten. Doch die Antworten sind unpopulär. Denn sie kämen kaum darum herum, festzustellen, dass auch das Volk als Souverän nicht ungebunden ist. Klare Antworten tun not. Die nächste Initiative, die mit grundlegendem internationalem Recht in Konflikt steht, die Ausschaffungsiniziativa, liegt bereits beim Parlament.

Dem Bundesrat ist allerdings recht zu geben: Bisher sind noch kaum grössere Probleme aus Konfliktlagen entstanden. Doch diese Politik des Abwartens hat sich, wie jüngste Beispiele etwa beim Bankgeheimnis oder bei der UBS-Affäre in den USA zeigen, nicht auszahlt. Ob künftig schwarze Wolken am Horizont der internationalen Beziehungen auftauchen, ist heute noch nicht auszumachen. Doch wie heisst es: Gouverner, c'est prévoir.